

**Kreistag Landkreis Rostock
Haushalts- und Finanzausschuss**

Güstrow, den 20.10.2016

Protokoll der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27.09.2016 in Bad Doberan

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Leitung: Dr. Erwin Kischel

An der Sitzung nahm teil:

Dr. Erwin Kischel
Wolf-Detlef Schulz
Frank Schröder
Birgit Czarschka
Veikko Hackendahl
Joachim Hünecke
Detlef Kröger
Hans Müller
Thorsten Semrau

entschuldigt fehlten:

Thomas Jenjahn

unentschuldigt fehlten:

Verwaltung/Gäste:

Anja Kerl (2. Stellvertreterin des Landrates/ Leiterin DI)
Marlies Behrens (Leiterin Amt für Finanzen und Controlling)
Evelyne Drews (Amt für Finanzen und Controlling, Sachgebietsleiterin Haushalt/ Controlling)
Frank Pastow (Amt für Kreisentwicklung, SB ÖPNV/ Beteiligungen)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der fristgemäßen Ladung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls vom 23.08.2016
4. Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bezahlbare Mobilität für alle“ sowie Änderungsantrag zur Drucksache der Kreistagsmitglieder D. Petereit und A. Wasner vom Kreistag 27.04.2016 (Drucksache Nr. VI-159-2016)
5. Abschluss eines Vertrages über die Bewachung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Eikboom in 18209 Bad Doberan (Drucksache Nr. VI-KA-38-2016)
6. Abschluss eines Vertrages über die Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Eikboom in 18209 Bad Doberan (Drucksache Nr. VI-KA-39-2016)
7. Abschluss eines Vertrages über die Bewachung der Notunterkunft (NUK) Lohmen (Drucksache Nr. VI-KA-40-2016)
8. Abschluss eines Nachtrages zum Nutzungsvertrag vom 12.10.2015 für die Notunterkunft (NUK) Lohmen (Drucksache Nr. VI-KA-41-2016)
9. Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Herr Dr. Kischel eröffnet die Sitzung und stellt die fristgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 3

Herr Dr. Kischel fragt nach:

- Wurde die in TOP 3 des Protokolls vom 23.08.2016 geforderte Stellungnahme hinsichtlich der Angemessenheit der vorgelegten Kosten bzw. Daten vom Amt für Service- und Gebäudemanagement zur Sitzung des Kreisausschusses erarbeitet?
- Wurde eine Aufstellung der vorgehaltenen Plätze im Verhältnis zur Auslastung (dezentrale Unterbringung sowie GU) erarbeitet?

Frau Kerl teilt mit, dass die Stellungnahme den Mitgliedern des Kreisausschusses vorgelegt wurde. Zudem wurde eine Aufstellung der vorgehaltenen Plätze für Asylbewerber im Verhältnis zur Auslastung erarbeitet. Diese wurden leider nicht mit dem Protokoll verschickt und werden nachträglich per E-Mail an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses gesendet.

Das Protokoll der Sitzung vom 23.08.2016 wird bei 3 Enthaltungen bestätigt.

TOP 4

Herr Dr. Kischel gibt das Wort zur Einbringung an **Frau Kerl**. **Frau Kerl** führt kurz in das Thema ein.

Herr Dr. Kischel gibt das Wort an **Herrn Pastow**.

Herr Pastow informiert die Ausschussmitglieder ausführlich über den Verkehrsverbund Warnow (VWV). Eine PowerPoint-Präsentation hierzu liegt dem Protokoll bei.

Weiter zeigt **Herr Pastow** an einer Modellrechnung auf, dass eventuelle Mehrkosten von ca. 2 Mill. Euro bei der Einführung eines Sozialtickets auftreten können. Er macht deutlich, dass das Angebot einer Ermäßigung nur für das Tarifgebiet des Landkreises, wie es in der Hansestadt Rostock praktiziert wird, nicht möglich sei. Er betont zudem, dass etwaige Einnahmen im VWV nur anteilig der rebus Regionalbus Rostock GmbH zugeschrieben werden. Zudem müsse geprüft werden, wie die Verfahrensweise der Berichtigungs- und Antragsprüfung umgesetzt werden könne.

Frau Czarschka äußert sich kritisch zur vorgetragenen Modellrechnung. Der Ansatz des teuersten Tickets von 4,20 Euro für die Modellrechnung sei zu hoch angesetzt. Sie spricht sich weiter für den Antrag aus. Des Weiteren fragt **Frau Czarschka** nach, ob es in der Hansestadt Rostock Zahlen gäbe, ob durch die Einführung der Ermäßigung der Ticketkauf gestiegen sei.

Herr Pastow informiert, dass solche Zahlen nicht vorliegen und diese auch schwierig zu erheben seien. Des Weiteren betont er, dass im Haushalt Mittel für etwaige Ausgleichszahlungen eingestellt werden müssen. Man gehe von der Höchstsumme aus, da eine scharfe Abrechnung im VWV erfolgt.

Herr Müller spricht sich gegen den Antrag aus. Im ländlichen Raum sei es oftmals nicht möglich, durch fehlende Verbindungen den ÖPNV und somit das Sozialticket zu nutzen.

Herr Schröder spricht sich, insbesondere im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand, gegen den Antrag aus.

Herr Semrau ist grundsätzlich für die Idee eines Sozialtickets, spricht sich aber gegen die Beschlussvorlage aus, da Kosten durch die Kreisumlage auf die Gemeinden umgelegt werden würden

Auf Nachfrage von **Herrn Schulz** erläutert **Herr Pastow** die Tariffindung im VWV und die unterschiedlichen Ticketpreise der Verbundpartner.

Herr Hünecke beantragt das Ende der Debatte.

Herr Dr. Kischel bittet um Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bezahlbare Mobilität für alle“ vom Kreistag 27.04.2016 (Drucksache Nr. VI-159-2016). Da dieser der weiterführende Antrag ist, wird über den Änderungsantrag zur Drucksache der Kreistagsmitglieder D. Petereit und A. Wasner nicht abgestimmt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme und 8 Nein-Stimmen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bezahlbare Mobilität für alle“ (Drucksache VI-159-2016) vom Kreistag 27.04.2016 abzulehnen.

TOP 5

Herr Dr. Kischel ruft den TOP auf.

Zum § 5 Nr. 1 (c) Vergütung des beiliegenden Vertrages hinterfragt **Herr Dr. Kischel** den angesetzten Stundenlohn. Nach seinen Berechnungen würde ein Stundenlohn von nur 1,62 Euro gezahlt werden.

Frau Kerl informiert, dass der Vertrag vom Landesamt bestätigt wurde. Sie gehe davon aus, dass in diesem Paragraphen nur das Wort „monatlich“ fehle. Der Vertrag wird entsprechend angepasst.

Weitere Anmerkungen oder Nachfragen zur Beschlussvorlage gibt es nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss bei 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem Abschluss eines Vertrages über die Bewachung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Eikboom in 18209 Bad Doberan mit Drucksache Nr. VI-KA-38-2016 mit dem angepassten Paragraphen um das Wort „monatlich“ zuzustimmen.

TOP 6

Herr Dr. Kischel ruft den TOP auf.

Herr Dr. Kischel stellt folgende Fragen zum Vertrag:

- Wie viel Bewohner können in der Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden? In § 3 (1) steht nur „der darin lebenden Bewohner“.
- Im § 5 (2) ist festgelegt, dass mindestens ein Betreuungsumfang von 10 Betreuungsstunden zu gewährleisten ist. Wie ist das „mindestens“ hierbei definiert?

Frau Kerl weist darauf hin, dass im § 1 (2) die Kapazität der Gemeinschaftsunterkunft aufgeführt ist. Diese umfasst 44 Plätze. Des Weiteren geht sie auf den Betreuungsumfang ein. Der Betreuungsumfang müsse mindestens 10 Stunden umfassen. Mehrbedarfe sind klar vom Land festgeschrieben und werden anhand eines Betreuungsschlüssels berechnet.

Weitere Anmerkungen oder Nachfragen zur Beschlussvorlage gibt es nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss bei 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen dem Abschluss eines Vertrages über die Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Eikboom in 18209 Bad Doberan mit Drucksache Nr. VI-KA-39-2016 zuzustimmen.

TOP 7

Herr Dr. Kischel ruft den TOP auf.

Herr Semrau fragt nach, warum der Vertrag nur für den Zeitraum bis 30.09.2016 geschlossen wird.

Frau Kerl informiert, dass danach eine Umwandlung von einer Notunterkunft in eine Gemeinschaftsunterkunft erfolgt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig dem Abschluss eines Vertrages über die Bewachung der Notunterkunft (NUK) Lohmen mit

Drucksache Nr. VI-KA-40-2016 zuzustimmen.

TOP 8

Herr Dr. Kischel ruft den TOP auf und gibt das Wort an Frau Kerl.

Frau Kerl informiert kurz, dass ursprünglich ab dem 01.05.2016 die Gemeinschaftsunterkunft bezogen werden sollte. Auf Grund von Verzögerungen ist nun ein Nachtrag nötig.

Weitere Anmerkungen oder Nachfragen zur Beschlussvorlage gibt es nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig dem Abschluss eines Nachtrages zum Nutzungsvertrag vom 12.10.2015 für die Notunterkunft (NUK) Lohmen mit Drucksache Nr. VI-KA-40-2016 zuzustimmen.

TOP 9

Frau Kerl teilt mit, dass der Nachtragshaushalt genehmigt wurde und nach Veröffentlichung im Amtsblatt am 16.09.2016 in Kraft tritt.

Frau Behrens ergänzt, dass der Wegfall von Sonderhilfen des Landes ab dem Jahr 2017 im nächsten Doppelhaushalt eingeplant werden müsse. Eine genaue Prüfung aller Haushaltspositionen diesbezüglich erfolgt. Die Haushalts- und Stellenplangespräche für den nächsten Doppelhaushalt werden derzeit bis zum 21.10.2016 durchgeführt. Zudem soll im Oktober ein Orientierungserlass vom Land herausgegeben werden. Auf diesen werde derzeit gewartet. Frau Behrens gibt den Ausblick, dass eventuell im Januar mit der Diskussion zum Doppelhaushalt 2017/2018 im Ausschuss begonnen werden kann.

Auf Nachfrage von **Herrn Semrau** geht **Frau Kerl** auf die Personalstruktur der Verwaltung ein. So werde versucht, Personal langfristig zu binden und dem Wegfall von Mitarbeiterin auf Grund der Altersstruktur entgegenzuwirken. Auch werde gemeinsam mit Mitarbeitern, die Überlastungen angezeigt haben, Lösungen für diese Problematik gesucht.


Frau Behrens teilt auf Nachfrage von **Herrn Hünecke** mit, dass wegen geringerer FAG-Zuweisungen es schwierig sei, weiterhin die Entwicklung des HaSiKos fortzusetzen. Es werde aber daran gearbeitet, dies auch weiterhin zu bewerkstelligen.

Herr Müller fragt im Auftrag anhand eines konkreten Falles nach, was aus Wohnungen wird, die im Zuge der Flüchtlingswelle des letzten Jahres für Asylbewerber renoviert wurden, jedoch nun nicht mehr bezogen werden.

Frau Kerl informiert, dass der Trend nunmehr so sei, dass der Bestand an dezentrale Wohnungen eher minimiert werde. Sie könne zum konkreten Fall jetzt keine Aussagen machen, bittet Herr Müller aber den konkreten Fall an sie weiterzuleiten.

Herr Dr. Kischel beendet die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses.


Dr. Erwin Kischel
Ausschussvorsitzender


Kathleen Schulz
Protokollantin